

Galwer Zeitung

HEIMATAUSGABE FÜR STADT UND LAND

MONTAG, 5. FEBRUAR 1951

ÜBERPARTEILICHE TAGESZEITUNG

7. JAHRGANG / NR. 20

Kohlenexportquote gesenkt

6 532 000 t im 1. Quartal anstatt 7 082 000 t / Weitere Senkung bei Minderförderung zugesagt

DÜSSELDORF. Die internationale Ruhrbehörde hat am vergangenen Samstag eine Herabsetzung der deutschen Kohlenexportquote für das 1. Quartal 1951 um 550 000 t gebilligt. Die Exportquote für das 1. Quartal 1951 war ursprünglich von der Ruhrbehörde auf 6 830 000 t festgelegt worden. Dazu kam ein mit Billigung der Ruhrbehörde aufgelaufener Rückstand aus dem vergangenen Dezember in Höhe von 252 000 t, der die ursprüngliche Gesamtexportverpflichtung der Bundesrepublik auf 7 082 000 t erhöht hatte. Nach einer Senkung der Exportquote um 550 000 t beträgt die Exportverpflichtung für die Monate Januar bis März 1951 also 6 532 000 t.

Die Ruhrbehörde ist außerdem damit einverstanden, daß der Kohlenexport im 1. Quartal noch über diese Tonnage hinaus gesenkt wird, falls die Tagesförderung unter der geschätzten Durchschnittsmenge von 380 000 t bleibt. Der zweite deutsche Delegierte in der Ruhrbehörde, Dr. Heinz Potthoff, teilte der Presse mit, daß die deutsche Delegation mit einer Durchschnittsförderung von 375 000 t rechnet. Damit könne der deutsche Kohlenexport noch zusätzlich um 60 000 t herabgesetzt werden, so daß dann im 1. Quartal dieses Jahres der Export um insgesamt etwa 610 000 bis 620 000 t gesenkt würde. Die Quotenherabsetzung in Höhe von 1/2 Million Tonnen, um deren Herabsetzung die Bundesregierung gebeten hatte, würde damit noch überschritten.

Die Ruhrbehörde begründet ihre Entscheidung mit der Steigerung „wesentlicher Teile des innerdeutschen Kohlenbedarfs“, mit dem Ausfall von Kohleneinfuhren nach Deutschland und damit, daß die ursprünglich geschätzte Förderung im Ruhrgebiet nicht erreicht wurde. Dr. Potthoff betonte zu dieser Begründung, daß die Ruhrbehörde die deutschen Argumente für die Herabsetzung der Quote im wesentlichen berücksichtigt habe. Die Atmosphäre der mehrtägigen Verhandlungen sei sehr ernst gewesen, und die Ruhrbehörde habe sich weder über die deutschen Bedürfnisse noch über die Interessen der Einfuhrländer hinweggesetzt.

Die Ruhrbehörde habe sich außerdem damit einverstanden erklärt, daß die offiziellen Schätzungen über die künftige deutsche Kohlenförderung, die als unverbindliche Richtlinie für die Festlegung des Exportes dienen, nicht mehr von der Kohlenkontrolle dem Genfer Kohlenamt, sondern von der Bundesregierung vorgelegt werden. In einem Kommuniqué teilt die Ruhrbehörde mit, daß sie bei der Herabsetzung der Kohlenexportverpflichtung den Willen der Bundesregierung zur Kenntnis genommen habe,

alles zu tun, um die Kohlenförderung im Ruhrgebiet auf die technische Höchstgrenze zu bringen, damit gleichzeitig der deutsche Inlandsbedarf und der Bedarf der importierenden Länder gedeckt werden könne. Sie habe ferner berücksichtigt, daß die Bundesregierung mit den zuständigen internationalen Organen zusammenarbeiten will, um eine Stabilität der für den Export bestimmten Kohlenförderung und Kokserzeugung im Ruhrgebiet zu erreichen, in dem sie u. a. an der Aufstellung eines langfristigen Programms für die Kohlenförderung mitarbeiten will.

Ob auch im zweiten Quartal 1951 eine verringerte Exportverpflichtung für die Bundesrepublik beibehalten wird oder nicht, steht noch nicht fest. Die deutsche Exportquote für das zweite Quartal wird von der Ruhrbehörde erst in ihrer nächsten Sitzung festgelegt werden, die am 14. Februar beginnen wird.

Friedliche Regelung nun unmöglich?

Peking nimmt Stellung zu seiner Verurteilung durch die UN

PEKING. Der Ministerpräsident und Außenminister der chinesischen Volksrepublik Tschu En-lai bezeichnete am Samstag die von der UN-Vollversammlung angenommene Entschließung der USA, in der Peking-Agression in Korea vorgeworfen wird, als „verleumdend“ und erklärte, Rotchina werde den neuen UN-Vermittlungsausschuß für Korea ignorieren.

Der amerikanische Antrag sei unter der Herrschaft und unter dem Zwang der USA angenommen worden. Dadurch sei der Weg zu einer friedlichen Regelung in Korea, zu Verhandlungen und zu einer Feuererstellung versperrt. „Das chinesische Volk wird nun nur noch um so entschlossener die notwendigen Maßnahmen treffen, um die Versuche des amerikanischen Imperialismus und seiner Handlanger zur Fortsetzung des Angriffskrieges zunichte zu machen.“ Das amerikanische Angebot, einen Vermittlungsausschuß zu bilden, werde abgelehnt.

Die USA versuchten ihr Eingreifen in Korea und Indochina wie in ganz Südostasien fortzusetzen und auf einen Separatfriedensvertrag mit Japan sowie auf die Wiederaufrüstung Japans zu arbeiten, um dieses Vorgehen mit der Wiederbewaffnung Westdeutschlands zu koordinieren. Die Vereinigten Staaten trieben die Völker Asiens und Europas in einen Krieg, um „ihren Traum einer uneingeschränkten Weltherrschaft zu verwirklichen“.

Nach Meldungen aus London erklärte ein Sprecher des britischen Außenministeriums, Großbritannien werde nach wie vor darauf drängen, daß der dreiköpfige Vermittlungsausschuß der UN-Vollversammlung für die Koreafrage Verhandlungen über eine Feuererstellung herbeizuführen versuche, unabhängig von der Erklärung Tschu En-lais. Eine erste Prüfung habe zudem ergeben, daß die chinesische Erklärung keineswegs weitere Verhandlungen ausschließe.

Truman glaubt an Frieden

Eisenhower verlangt zwölf US-Divisionen für Europa

PHILADELPHIA. Präsident Truman erklärte am Samstag in Philadelphia, es bestehe berechtigte Hoffnung darauf, daß ein neuer Weltkrieg vermieden werden kann.

Über Europa sagte der Präsident, General Eisenhower habe berichtet, daß die Völker Europas ungeachtet ihrer Schwierigkeiten ihre Freiheit sich erhalten wollten. „Sie arbeiten sehr hart und wenn sie alle zusammenarbeiten, kann der Erfolg nicht ausbleiben.“

Am Freitag forderte Truman die streikenden amerikanischen Eisenbahner zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Er betonte, der Streik gefährde die Verteidigungsbemühungen und bedrohe damit ihre Sicherheit. Arbeitgeber und Gewerkschaftsvertreter begannen am Samstag Gespräche zur Beilegung des Streiks.

General Eisenhower verlangte vor maßgebenden Kongreßmitgliedern am Freitag 12 US-Divisionen für Europa bis Ende 1952. In einer Rede vor dem Wehrausschuß des Senats erklärte der Oberbefehlshaber der Atlantikpaktarmee, er würde die Aufstellung einer internationalen Freiheitslegion begrüßen, wenn sie nach dem Muster der französischen Frem-

denlegion aufgebaut und mit amerikanischen Waffen ausgerüstet werden könne.

In einer Rundfunk- und Fernsehansprache an das amerikanische Volk führte General Eisenhower aus, daß die Erhaltung der Freiheit der USA eine Beteiligung Amerikas an der Verteidigung Westeuropas unbedingt erforderlich mache. Es sei von wesentlicher Bedeutung, daß amerikanische Truppen nach Europa entsandt würden. Geschehe dies nicht, werde eine Situation „äußerster Hoffungslosigkeit“ entstehen. Große Teile der Bevölkerung Europas haben jahrelang gegen das schleichende Übel des Kommunismus angekämpft. Der Atlantikpakt habe diesen Menschen jetzt neue Hoffnungen gegeben. Bei seiner Reise durch die westeuropäischen Hauptstädte habe er, erklärte Eisenhower, ein wachsendes Verlangen nach Zusammenarbeit bei dem gemeinsamen Ringen um die Sicherheit des Westens verspüren können.

Die Kältewelle im Mittelwesten und Südosten der Vereinigten Staaten dauert an und hat bisher mehr als 200 Todesopfer gefordert. Sogar auf Florida wurden Temperaturen von minus 10 Grad Celsius gemeldet. In Greenburg (Indiana) wurden 37 Grad Kälte gemessen.

Mannerheim beigelegt

HELSINKI. Marschall Mannerheim wurde am Sonntag auf dem Kriegerfriedhof Sandudd in der Nähe der finnischen Hauptstadt beigelegt.

Die Feierlichkeiten des Staatsbegräbnisses begannen im Dom, wo Reichstagspräsident Fagerholm die Trauerrede hielt und u. a. ausführte, daß „das finnische Volk einem seiner größten Söhne Lebewohl sagt, einem großen Soldaten, Staatsmann und Mitbürger, der müde an Ehren und Jahren zur Ruhe in die Heimaterde eingeht“. Fagerholm schloß mit den Worten, es möge dem finnischen Volke vergönnt sein, das von dem Verstorbenen hinterlassene Erbe friedlich zu verwalten.

Das Endergebnis der Gemeindewahlen

Freie Wählergruppen wieder in Führung

th. STUTTGART. Nach dem amtlichen Ergebnis der Gemeinderatswahlen in Württemberg-Baden vom 28. Januar, das am Wochenende veröffentlicht wurde, haben von 2 540 935 Wahlberechtigten 1 633 112, das sind 64,3 Prozent (1947 waren es 72,7 Prozent), ihre Stimmzettel abgegeben. Etwa 95,5 Prozent der Wähler haben vom Recht des Kumulierens und Panaschierens Gebrauch gemacht.

Die Stimmen verteilen sich auf die Wahlvorschläge folgendermaßen: CDU 3 646 980 oder 18,6 Prozent (1947 24,4 Prozent), SPD 5 659 508 oder 28,8 Prozent (31,3 Prozent), DVP 3 111 311 oder 15,9 Prozent (17 Prozent), KPD 1 246 373 oder 6,3 Prozent (9,1 Prozent), Deutsche Gemeinschaft/BHE 1 394 496 oder 7,1 Prozent (—), sonstige Wahlvorschläge (freie Wählergruppen) und bei Mehrheitswahl abgegebene Stimmen 4 569 762 oder 23,3 Prozent (18,2 Prozent). Gewählt wurden 7881 Gemeinderatsmitglieder an Stelle derjenigen, die bei den Gemeinderatswahlen drei Jahre vorher die wenigsten Stimmen auf sich vereinen konnten und jetzt ausscheiden. Die neugewählten Gemeinderatsmitglieder bleiben sechs Jahre im Amt. Folgende Sitzverteilung wurde errechnet:

CDU 632 (1947 1122), SPD 731 (925), DVP 195 (311), KPD 53 (87) DG/BHE 354 (—). Die Freie Wählergruppe erhielt durch die Verhältniswahl 3890 (3957) Sitze und durch Mehrheitswahl 2036 (2299).

Das Ergebnis zeigt, wie nicht anders zu erwarten war, eine starke Bevorzugung der Wahlvorschläge der freien Wählergruppen. Sämtliche Parteien haben Mandate verloren, am meisten die CDU, nämlich 490. Die Deutsche Gemeinschaft konnte, obwohl sie 2 716 815 weniger Stimmen als die DVP erhielt, 159 Mandate mehr als diese Partei erringen. Diese Diskrepanz erklärt sich daraus, daß die DVP in großen Städten, wo mehr Stimmen für einen Sitz erforderlich sind, mehr Anhänger hat als in kleinen Kreisen, wo mitunter wenige Stimmen zur Erreichung eines Sitzes genügen. Die Deutsche Gemeinschaft hatte aber gerade in den kleinen Ortschaften eine rege Propagandätätigkeit entfaltet.

August Horch †

INGOLSTADT. Der älteste noch lebende Pionier des Automobilbaues, Dr.-Ing. h. c. August Horch, ist am Samstagvormittag in Mündberg (Oberfranken) im 83. Lebensjahr gestorben.

August Horch schuf im Jahre 1900 das erste Automobil, bei dem Chassis und Karosserie getrennt waren. Im selben Jahr konstruierte er den ersten Kardanantrieb. 1903 folgte der erste Vierzylinder- und 1907 der erste Sechszylindermotor. Seine unermüdete Entwicklungsbauarbeit fand im Bau des Achtzylinder-Horchwagens seine Krönung.

„Bundespolizei“

Von Horst Flügge

Es begann mit Interviews des Bundeskanzlers. Dabei ging es um eine 30 000 Mann starke Bundespolizei. Im Sommer 1950 in Bonn. In New York wurde diese Forderung von den zuständigen Außenministern angenommen, die 30 000 Mann bewilligten. Während die ersten Kurse für Hundertschaftsführer abgehalten wurden, begann der Streit um die nun erlaubte Bundespolizei. Der Kanzler will eine Remilitarisierung auf kalem Wege, so meinte die Opposition. In der Tat ging anfänglich alles sehr durcheinander. Da wurde von Miliz, Militär und gelegentlich auch von Polizei gesprochen.

Der Kanzler verschloß sich diesem Bemühen nicht länger, nachdem auf den Geleisen des Atlantik-Paktes das Thema „deutsche Divisionen“ in Bonn begrüßt wurde. Vor dem Ende des Jahres 1950 konnten dann Polizei- und Militärprobleme getrennt behandelt werden. Die Fragen des deutschen Verteidigungsbeitrages werden von der Dienststelle Blank in der Bundeskanzlei geklärt. Durch Gespräche auf dem Petersberg noch vor der Pariser Konferenz über den Pleven-Plan ist man hier schon weiter gediehen, als sichtbar sein kann. Eisenhowers Besuch hatte bei Freund und Feind (der Remilitarisierung) erhebliche Wirkung.

Die Zuständigkeit für die Bundespolizei liegt beim Innenministerium, Minister Lehr, Staatssekretär Ritter von Lex und, als Experte, Ex-General Grasser, sind die diese Zuständigkeit repräsentierenden Namen. Was wurde bisher im Aufbau der 30 000 erreicht? Ein akademisches Verwaltungsabkommen zwischen Bonn und sieben der elf westdeutschen Länder. Die Ist-Stärke der Bereitschaftspolizei beträgt Ende Januar 300 Mann. Die Soll-Stärke wurde von 30 000 auf 10 000 verringert. Wie, wann und wovon die fehlenden aufgestellt werden, ist noch gar nicht abzusehen. Der Bund, der 25 v. H. der Kosten übernehmen soll, hat verfassungsrechtlich nicht die Voraussetzungen, diese Mittel zu beantragen.

Eine Verfassungsänderung ist notwendig. Von der SPD und der FDP gefordert sowie vom Innenminister unterstützt von Teilen der CDU-Fraktion jedoch abgelehnt, wird ein entsprechender Antrag im Ausschuß für innere Verwaltung des Bundestages beraten. Monate werden vergehen bis aus ihm eine rechtskräftige Verfassungsänderung geworden ist, die dem Bund auch nur einen Teil der notwendigen Kompetenzen geben wird. Die Bereitschaftspolizei 1950 als dringend für die innere Sicherheit gefordert, ist also weder bereit, noch wird sie es in der absehbaren Zeit sein.

Die innere Sicherheit liegt in Händen der Bundes- und Länderämter für Verfassungsschutz und der Polizeiexekutive, die sich aus etwa 90 000 Polizisten in den Gemeinden Westdeutschlands zusammensetzt. Acht verschiedene Formationsformen kennzeichnen das Durcheinander auch in diesem Sektor. Um das Flasko noch zu verdeutlichen, muß erwähnt werden, daß die Bewaffnung dieser Polizisten völlig unzureichend ist. Nicht nur in Gelsenkirchen wurde ein Polizist das Opfer eines Verbrechens, der sieben Schuß in seinem modernen Revolver hatte, während der Polizeibeamte — gemäß den alliierten Sicherheitsbestimmungen — nur fünf Schuß aus seiner antiquierten Pistole abgeben konnte. Die nächsten fünf Schuß hätte er sich auf seinem Revolver holen müssen.

Der Bund ist nun dabei, auf einem Umweg doch noch zu einer eigenen Polizei zu kommen. Während die Länder Gesetze beraten, die wenigstens auf ihrer Ebene Bereitschaftspolizei und eine Vereinheitlichung der kommunalen Verbände erreichen sollen, und der direkte Weg des Bundes über die Verfassungsänderung diskutiert wird, steht das Gesetz zur Errichtung von Grenzschutzbehörden im Vordergrund. Der Innenminister hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß er in der Grenzschutzpolizei für die der Bund nach Artikel 87 des Grundgesetzes eindeutig zuständig ist, den Anfang einer schlagkräftigen Bereitschaftspolizei sieht. Das Gesetz legt sich nicht über die Stärke der Grenzschutzpolizei fest, sondern sieht lediglich Ausgaben von 350 Millionen DM vor. Die Kosten für einen gut ausgebildeten und gut ausgerüsteten Grenzschutzpolizisten werden bei jährlich mindestens 10 000 DM liegen. Damit ist über die mögliche Stärke des Grenzschutzes soviel ausgesagt, daß er vermutlich — entgegen dem Optimismus des Innenministers — doch kaum mehr Funktionen erfüllen kann, als sie in seinem Namen schon festgelegt sind.

Regierung und Parlament müßten mit größerem Nachdruck die Misere im deutschen Polizeiwesen beseitigen wollen. Es gibt Probleme, bei denen lärmvoller Streit um Kompetenzen, um parteipolitische Interessen usw. gerade der Demokratie schadet. Hätten die verantwortlichen Männer und Institutionen, die Hälfte der Aktivität, die bei den Feinden der Demokratie zu registrieren ist, die Frage nach der Polizei wäre längst beantwortet.

Regierung und Opposition

Gespräche wieder aufgenommen

BONN. Bundeskanzler Dr. Adenauer hatte am Samstag eine einstündige Aussprache mit dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Ollenhauer. Damit wurde die Diskussion der innen- und außenpolitischen Probleme zwischen der Bundesregierung und der Opposition wieder aufgenommen. Der SPD-Vorsitzende Dr. Schumacher wird voraussichtlich diese Woche mit dem Bundeskanzler zusammentreffen, um die im November unterbrochenen Besprechungen „unter vier Augen“ fortzusetzen.

Dr. Adenauer hat in einem zweiten Brief an Dr. Schumacher die Themen für die Zusammenkunft mitgeteilt. Der Bundeskanzler will die Möglichkeiten eines deutschen Verteidigungsbeitrages, den Pleven-Plan, den Abschluß des Schuman-Plans und neue Verhandlungen mit der Hohen Kommission im Zusammenhang mit einer Revision der Besatzungspolitik diskutieren.

Heute trifft Adenauer mit den Vorsitzenden aller Bundestagsfraktionen, die Kommunisten ausgenommen, zusammen, um innen- und außenpolitische Fragen zu erörtern.

Der Präsident der Ostzonen-Volkskammer, Dieckmann, hat den Wortlaut der von der ostzonalen Volkskammer Anfang vergangener Woche angenommenen Appell an den deutschen Bundestag zur Wiedervereinigung Deutschlands am Freitag Bundestagspräsident Ehlers durch Sonderkurier zugestellt. Ehlers erklärte dazu, er wolle „die Stellungnahme zu dem Appell dem Bundestag überlassen“.

Sie führten ein Doppelleben

Ravensburg. Das Schöffengericht Ravensburg verurteilte am Freitag zwei 23 Jahre alte Handwerker aus Ravensburg wegen 34 bzw. 8 Verbrechen des schweren Diebstahls zu drei Jahren bzw. 15 Monaten Gefängnis unter Berücksichtigung mildernder Umstände. Die aus bürgerlichen Kreisen stammenden Verurteilten gehörten zu einer fünfköpfigen Diebesbande, die von Juli 1946 bis Oktober 1950 in Ravensburg über 40 schwere nächtliche Einbruchdiebstähle begangen hatte.

Einer von ihnen verübte nach der Aufdeckung der Taten Selbstmord, bei zwei anderen erfolgte Einstellung des Strafverfahrens durch Amnestie. Die Urheber der raffiniert ausgeführten Serieneinbrüche konnten lange Zeit nicht ermittelt werden, weil sie tagsüber ihrer Arbeit nachgingen und als fleißige Menschen galten. Nachts stahlen sie dagegen mitten in der Stadt aus Kellern, Geschäften und Werkstätten große Mengen an Lebensmitteln, Kleidungsstücken, Werkzeuge, Radio- und Fotoapparate, Leder- und Pelzwaren und anderes mehr. Der Anführer der Bande verübte außerdem mehrere Schaufenstereinträge.

Drei Forderungen zum Wohnungsbau

Abschluß der 10. Präsidialsitzung des Deutschen Gemeindetags in Freudenstadt

Freudenstadt. Mit einer nichtöffentlichen Sitzung auf der verbandseigene Fragen beraten wurden, beendete der Deutsche Gemeindetag am Samstag seine 10. Präsidialsitzung in Freudenstadt. Die Versammlung genehmigte die vorbereiteten Satzungen für den Gemeindetag und wählte den bisherigen Vorstand einmütig wieder. Nach der Beratung des Haushaltsplanes für 1951 wurden drei Entwürfe mit Forderungen an die Bundesregierung und den Bundestag, betreffend das Wohnungs- und Siedlungsproblem, angenommen.

Danach soll der Wohnungsbau einmal durch ausländisches Kapital für erste Hypotheken und außerdem durch Belegung der Sparkapitalbildung und Stärkung des Kapitalmarktes gefördert werden. Der Bau von Einfamilienwohnungen mit tragbaren Lasten soll durch einen sparsamen Einsatz des knappen Kapitals vermehrt werden. Schließlich sollen zur Finanzierung der Baulandbeschaffung für den sozialen Wohnungsbau mindestens 10 Prozent der hierfür zur Verfügung stehenden öffentlichen Fördermittel für die Baulandbereitstellung und -erschließung abgezweigt werden.

Oberbürgermeister Kalbfell, Reutlingen, hatte am Freitag die Bereitstellung von einer Milliarde DM als erste Hypothek für den Wohnungsbau und die Baulandbeschaffung beantragt, da die Banken und Sparkassen durch die laufende Abhebung von Spargeldern ohne Kapital seien. Zu Kalbfells Forderung, die Bundesregierung solle sich eine Einflußnahme auf die bisher selbständig arbeitende Bank deutscher Länder sichern, erklärte der Präsident des Gemeindetags,

„Ein Deutscher im besten Sinne des Wortes“

Abschied von Ferdinand Porsche — Trauerfeier in Stuttgart

Stuttgart. Eine große Trauergemeinde füllte am Samstag die Stuttgarter St. Georgs-Kirche, um von dem am Dienstag verstorbenen weltbekannten Automobilkonstrukteur Prof. Dr. h. c. Ferdinand Porsche Abschied zu nehmen. Der Katafalk, der den Sarg trug, war mit einem sudetendeutschen Wappen geschmückt.

Der Seelsorger Porschew während seiner Haftzeit in Frankreich, Benediktinerpater Johannes, würdigte den Verstorbenen als ungewöhnlichen Menschen und schöpferischen Techniker, dessen nicht mehr auszuschöpfendes Lebenswerk mehr spreche als alle Worte Porsche habe höchste Höhen erreicht, aber auch tiefste Niederungen des Lebens durchschritten und während seiner Haftzeit in Frankreich schmachvolle Demütigungen ertragen müssen.

Bundesverkehrsminister Dr. Seebohm, der gleichzeitig für die sudetendeutsche Landmann-

schaft sprach, gedachte in seiner Trauerrede der Arbeit des Toten, aus der für viele Menschen und Völker Segen erwachsen sei. Als Ingenieur sei er bis an die Grenzen des Möglichen gegangen, habe aber nicht gegen die Natur, sondern mit ihr gearbeitet. Porsche sei ein Deutscher im besten Sinne des Wortes gewesen und habe sich nie in seinem Deutschtum irremachen lassen.

An der Trauerfeier nahmen u. a. der stellvertretende württ.-badische Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Dr. Veit, der Stuttgarter Oberbürgermeister Dr. Klett und der Generaldirektor der Daimler-Benz-Werke, Dr. Haspel, teil. Porsche wird am Montag in Zell am See (Österreich) beigesetzt werden.

Osterfahrt zu Kriegsgräbern

Stuttgart. Fahrten zum Besuch deutscher Kriegsgräber in Italien und Luxemburg veranstaltet der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zu Ostern. In Italien ist der Besuch der Kriegsgräber in Viterbo, Rom (Campo Verano), Pomezia, Frosinone, Roccasecca, Pontecorvo, Sora, Gallinoro und Monte Cassino vorgesehen. Preis ab München und zurück einschließlich Unterkunft und Verpflegung 198 DM, Fahrdauer 21 bis 26 März.

Auf der Fahrt nach Luxemburg am ersten und zweiten Osterfeiertag können die Friedhöfe in Hamm-Sandweiler und in Clausen besucht werden. Diese Fahrt, die von Trier ausgeht und auch dort endet, kostet — ebenfalls einschließlich Verpflegung und Übernachtung — 45,70 DM. Anmeldungen an den Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. in Nienburg (Weser), Goetheplatz 4.

Südwestdeutsche Chronik

Mitarbeit führte zur Identifizierung

Tübingen. Vor einigen Tagen wurde die Bevölkerung durch die Presse aufgefordert, bei der Aufklärung eines Frauenmordes aus dem Jahre 1946 an der Zonengrenze mitzuwirken. Dieser Aufruf erarb wichtige Aussagen, die zur Klärung des Falles und zur Identifizierung der Toten führten. Danach handelt es sich bei der Ermordeten um die am 15. 10. 1916 in Danzig-Neufahrwasser geborene Helene Bachmann, geb. Behnke, die von ihrem Ehemann Gerhard Adolf Bachmann ermordet wurde.

Weiterer Delikte verdächtig

Tübingen. Die Polizei hat einen Mann festgenommen, der eine Frau in seinem Pkw mitnahm und unterwegs in der Gegend von Rottweil unter schweren Bedrohungen und körperlichen Mißhandlungen zu unzünftigen Handlungen veranlaßte. Gewisse Umstände sprachen dafür, daß der ausgesprochen sadistisch veranlagte Täter sich auch in anderen Fällen in ähnlicher Weise verging. Das Landeskriminalpolizeamt Tübingen fordert die Bevölkerung deshalb auf, Vorkommnisse dieser Art aus der letzten Zeit, die bisher der Polizei noch nicht bekannt wurden, in Tübingen oder bei der örtlichen Polizeidienststelle anzuzeigen.

Versteigerung in Waldsee

Tübingen. Der Landesverband der Schweinezüchter in Württemberg-Hohenzollern führt am 9. Februar, 11 Uhr, in der Tierzuchtställe Waldsee eine Sonderkörnung und Versteigerung durch, bei der 60 Eber und 30 tragende Jungsaue verkauft werden.

Eintägige Lehrgänge für Schweinezucht

Tübingen. Das Landwirtschaftsministerium von Württemberg-Hohenzollern veranstaltet am 16. Februar in Ravensburg und am 17. in Saugau eintägige Lehrgänge für Schweinezucht. Zu den Veranstaltungen sind alle Schweinehalter und insbesondere auch die Bäuerinnen und Bauerntöchter eingeladen.

Getreideschau 1950/51

Tübingen. Das Landwirtschaftsministerium von Württemberg-Hohenzollern veranstaltet am 10. 2. in Horb (Lindenhof), am 12. 2. in Sigmaringen (Deutsches Haus) und am 17. 2. in Münsingen (Turnhalle, Lichtspielhaus), Getreideschauen mit einer Prämierung. Auf diesen Schauen werden jeweils zirka 350-400 Proben von Getreide, Hülsenfrüchten, Ölfrüchten sowie Klee- und Grassimern aus den oben genannten Kreisen gezeigt. Unter den Gerstenproben befinden sich auch solche aus anderen Braugerste anbauenden Kreisen.

Im Rahmen dieser Schauen spricht jeweils um 9.30 Uhr Landwirtschaftsminister Dr. Weiß zu den Bauern der betr. Kreise. Seinen Ausführungen folgt ein Vortrag von Prof. Dr. Radema-

Die falschen Häftlinge

Stuttgart. Der Leiter für Wiedergutmachung beim württembergisch-badischen Justizministerium, Dr. Otto Küster, gab am Samstag bekannt, daß ebenso wie in München auch bei der Stuttgarter Landesbezirksstelle für Wiedergutmachung eine größere Anzahl von Anträgen auf Haftentschädigung mit gefälschten Unterlagen gestellt worden sind.

Täter waren nach Mitteilung von Dr. Küster eine organisierte Bande, die — wie in Bayern — heimatlosen Ausländern mit nachgeahmten Stempeln der internationalen Flüchtlingsorganisation und mit den gefälschten Unterschriften von drei IRO-Offizieren eine Haftzeit in Konzentrationslagern beschleunigte. Wie Dr. Küster ergänzend bekanntgab, sind zwei Angestellte der IRO verhaftet worden.

Die Stuttgarter Landesbezirksstelle für Wiedergutmachung betont, daß von ihr noch keine Entschädigungssummen an heimatlose Ausländer ausbezahlt worden seien, die sich in betrügerischer Absicht als politisch Verfolgte ausgegeben hätten.

Zur Hälfte entrümmert

Stuttgart. Von den rund fünf Millionen cbm Trümmern, die beim Zusammenbruch im Jahre 1945 in Stuttgart lagen, ist bisher die Hälfte beseitigt worden. Nach Ansicht der deutschen Studiengesellschaft für Trümmerverwertung steht Stuttgart auf dem Gebiet der Trümmerverwertung in Deutschland mit an führender Stelle.

Dr. Wirth brach sich ein Bein

Freiburg. Der 72 Jahre alte ehemalige Reichskanzler Dr. Josef Wirth ist während eines Aufenthalts in der Schweiz auf einer Treppe gestürzt und hat sich dabei ein Bein gebrochen. Er befindet sich im Kantonsspital von Luzern.

Arbeitsstagung für Heimatvertriebene

Bad Boll. Die evangelische Akademie in Bad Boll veranstaltet vom 17.-21. Februar eine Arbeitsstagung für Heimatvertriebene. Der Leiter des evangelischen Hilfswerks, Bundestagsabgeordneter Dr. Eugen Gerstenmaier wird über Flüchtlingshilfe im Weltmaßstab sprechen. Als Redner sind ferner der hannoversche Flüchtlingsminister Pastor Albertz, Finanzminister a. D. Wilhelm Mattes und der Landesvorsitzende der nordwürttembergischen CDU, Wilhelm Simpfendorfer, vorgesehen.

„Berlin zwischen Ost und West“

Reutlingen. Der langjährig amtierende Bürgermeister von Westberlin und Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Dr. Ferdinand Friedensburg, spricht am Samstag, 10. Februar, nachmittags 15.15 Uhr, auf Einladung der Industrie- und Handelskammer Reutlingen in der Reutlinger Volkshochschule über „Berlin, wirtschaftlicher Brennpunkt zwischen Ost und West“.

Advertisement for Waldbaure Schokolade- und Kakaowerk. Features a large graphic of '50 Prozent Sondersteuer?' and text explaining the tax benefits for chocolate and cocoa. Includes contact information for Stuttgart.

Advertisement for VITOS-Vertriebsgesellschaft, featuring a logo and text about their products and services.

Go d. Silber, Münzen Schmuck, Juwelen kauft zu Höchstpreisen Lahn, Stuttgart S. Arminstr. 38

Stadt Wildbad im Schwarzwald Die Stelle eines Stadtspektors

Mädchen für Haus- und Landwirtschaft auf 1. März gesucht. L. W. Ziemann, Getreidemühle, Unterzungen, Kreis Tübingen

Behörde sucht zum sofortigen Eintritt Devisenprüfer

Tüchtiger Kaufmann aus der Lebensmittel- u. Feinkostbranche von größerem Unternehmen nach Stuttgart gesucht.

Tüchtiger, junger, lediger Verkäufer für sofort od. später von Stuttgarter Lebensmittel- u. Feinkostbetrieb gesucht.

Stuttgarter Hausfrauen nicht wissen, was sie zum Essen kochen sollen, können sie sich leicht helfen.

In Enzberg, Kreis Mühlacker, führten die Bewohner eines Hauses beim Anschluß des Ofens das Ofenrohr statt in den Kamin in einen Entlüftungsschacht, der in die Scheuer mündete.

Die Geislinger Gastwirte haben der Stadt die Einführung einer „Hockersteuer“ vorgeschlagen.

Nach der letzten Hauptversammlung der „Freien Sterbekasse“ in Alttensfeld bei Geislingen a. d. Steige ist ein Bericht veröffentlicht worden.

In Schroilbach bei Landstuhl (Pfalz) wurde ein 21 Jahre alter Mann im Keller seines Hauses von einer explodierenden Panzergranate tödlich verletzt.

In Stuttgart kam ein 16jähriger Lehrling während der Arbeit in seinem Betrieb mit einem unter Strom stehenden eisernen Türrahmen in Berührung.

Wenn die Stuttgarter Hausfrauen nicht wissen, was sie zum Essen kochen sollen, können sie sich leicht helfen.

In Enzberg, Kreis Mühlacker, führten die Bewohner eines Hauses beim Anschluß des Ofens das Ofenrohr statt in den Kamin in einen Entlüftungsschacht, der in die Scheuer mündete.

Die Geislinger Gastwirte haben der Stadt die Einführung einer „Hockersteuer“ vorgeschlagen.

Nach der letzten Hauptversammlung der „Freien Sterbekasse“ in Alttensfeld bei Geislingen a. d. Steige ist ein Bericht veröffentlicht worden.

In Schroilbach bei Landstuhl (Pfalz) wurde ein 21 Jahre alter Mann im Keller seines Hauses von einer explodierenden Panzergranate tödlich verletzt.

In Stuttgart kam ein 16jähriger Lehrling während der Arbeit in seinem Betrieb mit einem unter Strom stehenden eisernen Türrahmen in Berührung.

Wenn die Stuttgarter Hausfrauen nicht wissen, was sie zum Essen kochen sollen, können sie sich leicht helfen.

In Enzberg, Kreis Mühlacker, führten die Bewohner eines Hauses beim Anschluß des Ofens das Ofenrohr statt in den Kamin in einen Entlüftungsschacht, der in die Scheuer mündete.

Die Geislinger Gastwirte haben der Stadt die Einführung einer „Hockersteuer“ vorgeschlagen.

Nach der letzten Hauptversammlung der „Freien Sterbekasse“ in Alttensfeld bei Geislingen a. d. Steige ist ein Bericht veröffentlicht worden.

Stuttgarter Landesbezirksstelle für Wiedergutmachung eine größere Anzahl von Anträgen auf Haftentschädigung mit gefälschten Unterlagen gestellt worden sind.

Täter waren nach Mitteilung von Dr. Küster eine organisierte Bande, die — wie in Bayern — heimatlosen Ausländern mit nachgeahmten Stempeln der internationalen Flüchtlingsorganisation und mit den gefälschten Unterschriften von drei IRO-Offizieren eine Haftzeit in Konzentrationslagern beschleunigte.

Die Stuttgarter Landesbezirksstelle für Wiedergutmachung betont, daß von ihr noch keine Entschädigungssummen an heimatlose Ausländer ausbezahlt worden seien, die sich in betrügerischer Absicht als politisch Verfolgte ausgegeben hätten.

Stuttgart. Von den rund fünf Millionen cbm Trümmern, die beim Zusammenbruch im Jahre 1945 in Stuttgart lagen, ist bisher die Hälfte beseitigt worden.

Freiburg. Der 72 Jahre alte ehemalige Reichskanzler Dr. Josef Wirth ist während eines Aufenthalts in der Schweiz auf einer Treppe gestürzt und hat sich dabei ein Bein gebrochen.

Tübingen. Vor einigen Tagen wurde die Bevölkerung durch die Presse aufgefordert, bei der Aufklärung eines Frauenmordes aus dem Jahre 1946 an der Zonengrenze mitzuwirken.

Tübingen. Die Polizei hat einen Mann festgenommen, der eine Frau in seinem Pkw mitnahm und unterwegs in der Gegend von Rottweil unter schweren Bedrohungen und körperlichen Mißhandlungen zu unzünftigen Handlungen veranlaßte.

Tübingen. Der Landesverband der Schweinezüchter in Württemberg-Hohenzollern führt am 9. Februar, 11 Uhr, in der Tierzuchtställe Waldsee eine Sonderkörnung und Versteigerung durch.

Tübingen. Das Landwirtschaftsministerium von Württemberg-Hohenzollern veranstaltet am 16. Februar in Ravensburg und am 17. in Saugau eintägige Lehrgänge für Schweinezucht.

Tübingen. Das Landwirtschaftsministerium von Württemberg-Hohenzollern veranstaltet am 10. 2. in Horb (Lindenhof), am 12. 2. in Sigmaringen (Deutsches Haus) und am 17. 2. in Münsingen (Turnhalle, Lichtspielhaus), Getreideschauen mit einer Prämierung.

Mannheim. Mehr als hunderttausend Menschen umsäumen am Sonntag die Hauptverkehrsstraßen Mannheims, um den großen Mannheimer Fasnachtszug, den Jubiläumzug anlässlich des 111. Mannheimer Karnevals, zu sehen.

Aussichten bis Dienstagabend: Am Montag bei lebhaften bis stürmischen Winden aus West stark bewölkt und zeitweilige Regen, der in höheren Lagen in Schnee übergeht.

In Stuttgart kam ein 16jähriger Lehrling während der Arbeit in seinem Betrieb mit einem unter Strom stehenden eisernen Türrahmen in Berührung. Er erhielt einen elektrischen Schlag, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte.

Das Amt für öffentliche Ordnung in Ulm will einen Verkehrsunterricht für Radfahrer einführen.

Am Freitagmorgen wurden in Karlsruhe aus einem geschlossenen Lkw 1700 kg Margarine im Wert von über 3600 DM gestohlen.

Der Bürgermeister und Standesbeamte Heck in dem badischen Dorf Eichesheim trauete kürzlich Otto Heck und Philomena Heck, geb. Heck.

In Schroilbach bei Landstuhl (Pfalz) wurde ein 21 Jahre alter Mann im Keller seines Hauses von einer explodierenden Panzergranate tödlich verletzt.

In Stuttgart kam ein 16jähriger Lehrling während der Arbeit in seinem Betrieb mit einem unter Strom stehenden eisernen Türrahmen in Berührung.

Kappebed

Noi, wenn-e länger naguck, platz-e
Ond lach womöglich Schocha raus!
Uf jedem Schopf, uf jeder Glatze
Hockt heut e Hüatle, ei dr Daus!

Dabei send's Leut mit Stand ond Titel —
Dr Oberförster, beispielsweise,
Protzt mit 'me Tschako v'ome Büttel,
Ond macht e Gesicht als ob-er beiß!

Ond dr Kanzleirat erst — guck na —
Der hot uf seine Schnittlauchlocke
(Ond lach doch sonst e rechter Ma)
E Türképple dobe hockel!

Ond wie se alle dreckel lachet! —
Koi Wonder! — Der Geheimrot Spält
Verzählt em Witz, daß d'Schwarte krachet!
(Wenn des sei Alte höre tät!)

Doch jetzt schlägt's dreizeahl Dr Herr
Hot der vielleicht e Göckse uf, [Lehrer!
Des hockt jo wie-n-e Briefschwerer
Uf sel're Allmachtslatze druf!

Mit weiße Fedre vo'me Reiher
Spiekt onser Schultes Winnetou,
Sogar dr Apotheker Meyer
Trägt Büffelhörner ond schreit muh!

Mr sott's om d'Welt net glaube, we'mr
Dia Manne sonst so's Jahr durch kennt,
Mr weiß doch, was dia Herre emmer
Für hohe Lebensgrondsätz bent! —

Heinz-Eugen Schramm.

Monatsversammlung des BSVG.

Die gestrige ordentliche Monatsversammlung des Briefmarkensammlervereins Calw war wiederum gut besucht. Sie stand unter der Leitung des zweiten Vorstands Riegger. Naturgemäß nahmen, bedingt durch den immer näher rückenden Zeitpunkt des 30-jährigen Jubiläums und der damit verbundenen großen Ausstellung die Vorbereitungsarbeiten den breitesten Raum der Tagesordnung ein. So wurden verschiedene Kommissionen eingesetzt, u. a. eine Werbe- und eine Pressekommission, eine Kommission zur Programmgestaltung und eine zur Prüfung des Ausstellungsmaterials. Die letztgenannte trat sofort in Tätigkeit, um das von verschiedenen Mitgliedern mitgebrachte Material zu sichten.

Der Vorsitzende gab weiter bekannt, daß für die Ausstellung vom Landesverband Stuttgart zwei Preisrichter gestellt werden, während als dritter Ehrenmitglied P. Olpp (Calw) gewählt wurde. Kommissionsmitglied Dr. Fechter gab interessante Anregungen für Art und Aufmachung der Ausstellungsobjekte und betonte, daß nicht der hohe Geldwert einzelner Marken, sondern die Schönheit, die Originalität, die Zusammenstellung nach Motiven usw. maßgebend seien. Bei dieser Gelegenheit wurde sowohl vom Vorstand als auch aus Kreisen der Mitglieder darauf hingewiesen, daß ja die Philatelie nicht der Kapitalbildung diene, sondern nach wie vor eine ideale Liebhaberei sei. Sodann gab der Vorsitzende verschiedene Verkaufsangebote auswärtiger Sammler bekannt. Der nächste Tauschtag wurde auf Sonntag, 18. Februar, und die nächste Monatsversammlung auf den 4. März festgelegt.

Omnibuslinie Altensteig—Stuttgart

Altensteig. In der letzten Sitzung des Gemeinderats gab der Bürgermeister bekannt, daß mit Genehmigung des Innenministeriums in Zukunft eine durchgehende Omnibuslinie Altensteig — Stuttgart eingerichtet. Einzelheiten über die Fahrzeiten werden noch bekanntgegeben. Die Linie führt über Nagold—Herrenberg—Böblingen nach Stuttgart.

Der Fachmann äußert sich:

Es geht um die „weiße Kohle“ des Enztals

Oberingenieur Frick vom Elektrizitätswert Teinach stellte uns nachfolgende Betrachtungen zur Verfügung. Sie bedeuten eine Ergänzung der Darstellungen auf unserer Sonderseite vom 27. Januar Unter dem Letztsatz: „Das obere Enzental birgt weiße Kohle“ hat in erfreulicher Weise die Presse für die Erschließung des Energieerwartens des oberen Enztals erworben und besonders auf die sich beim Ausbau des sog. Windhofwerkes bietenden günstigen Möglichkeiten hingewiesen.

Die Bestrebungen, das obere Enzental im genannten Sinn fruchtbar zu machen, sind nicht neu: Eine Fülle von Projekten wurde ausgearbeitet, aber leider ist es in keinem Fall zur Durchführung der Planungen gekommen. Einstweilen hat in einer unaufhaltsam fortschreitenden Entwicklung aus dem über das Angebot hinausgehenden Bedarf die sich in der Mangelartige kennzeichnende Versorgung gebildet mit den damit mittelbar zusammenhängenden wirtschaftsstörenden Auswirkungen.

Die durch den technischen Fortschritt gebotenen Annehmlichkeiten sind wohltätig, solange sie geizig bewacht jederzeit den Bedürfnissen angepaßt zur Verfügung stehen. Der in seiner Fähigkeit begrenzte Mensch beherrscht jedoch nur in beschränktem Umfang die von ihm in seinen Dienst gestellten Elemente. Beinahe gleichlaufend mit der Steigerung der Bedürfnisse des modernen Menschen hat dessen Abhängigkeitsverhältnis Formen angenommen, die überaus bedenklich sind. Es ist sein Geschick, daß er nicht mehr über, sondern unter den Dingen steht und immer mehr zum Knecht seiner eigenen Schöpfungen wird. In einem fast immerwährenden Ringen um Sein oder Nichtsein müht

Der Mieter muß tragen helfen

Ausgleich von Grundsteuer- und Gebührenmehrbelastungen des Hausbesitzes

Durch Verordnung des Wirtschaftsministers vom 23. Dezember 1950 ist die Anordnung PR. 72/49 über den Ausgleich von Grundsteuer- und Gebührenmehrbelastungen des Hausbesitzes mit Wirkung ab 1. Januar 1951 in Kraft gesetzt worden.

Vermieter können nunmehr Grundsteuererhöhungen, die auf einer Erhöhung des Grundsteuerbesatzes zwischen dem 1. April 1945 und 31. Dezember 1950 beruhen, mit Wirkung ab 1. Januar 1951 auf die Mieter oder Pächter umlegen. Weigert sich der Mieter, die Erhöhung anzuerkennen, so kann der Vermieter auf Aufhebung des Mietverhältnisses klagen.

Beträgt die monatliche Mehrbelastung des Vermieters weniger als 1 Prozent der gesamten monatlichen Miete eines Hauses einschließlich eines etwaigen Mietwertes eigener Wohnungen, so ist eine Umlegung unzulässig.

Sind die öffentlich-rechtlichen Gebühren für Kanalreinigung, Müllabfuhr und Straßenreinigung und die privaten Benützungsentgelte für Fäkalienabfuhr in der Zeit zwischen

dem 1. April 1945 und dem 31. Dezember 1950 erhöht worden, so dürfen die laufenden Mehrbelastungen hierfür mit Wirkung ab 1. Januar 1951 in monatlichen Teilbeträgen auf die Mieter oder Pächter umgelegt werden. Die Umlegung ist wiederum unzulässig, wenn die monatliche Mehrbelastung weniger als 1 Prozent der Gesamtmiete eines Hauses beträgt. Verweigerung der Anerkennung der Umlage durch den Mieter gibt dem Vermieter ebenfalls einen klagbaren Anspruch auf Aufhebung des Mietverhältnisses.

Die Preisbehörden können den monatlichen Umlagebetrag für die Steuern und Gebühren allgemein für jede Gemeinde festsetzen, und zwar in der Regel in Prozentsätzen der Friedensmiete, der gesetzlichen Miete oder sonst preisrechtlich zulässigen Miete. Geschieht dies nicht binnen eines Monats vom Zeitpunkt der Abwählbarkeit, so hat der umlegungsberechtigte Vermieter dem Mieter, Pächter oder Untermieter die Höhe der monatlichen Umlage für die mit dem Umlagezeitpunkt beginnende Mietzeit unter Darlegung der Berechnungsweise schriftlich mitzuteilen.

Das Ziel: tuberkulosefreie Viehbestände

Der Fleckviehzuchtverein Calw hielt seine Mitgliederversammlung ab

Der Fleckviehzuchtverein Calw hatte auf Freitagnachmittag seine Mitglieder zur jährlichen Versammlung in den „Saalbau Weiß“ eingeladen. Nach Begrüßung durch den Vorstand, Karl Binder (Stammheim), die besonders Reg.-Veterinär Dr. Wolf (Calw), den Landwirtschaftsräten Dr. Biegert (Tierzuchtamt Herrenberg) und Pfetsch (Landwirtschaftsamt Calw) sowie Dr. Provosnik (Landwirtschaftsamt Calw) galt und zu denen sich später noch Bürgermeister Seeber und der Kreisobmann für die Landwirtschaft Bgm. Mast (Sommenhardt), gesellten, gab der Vorsitzende eine kurzgefaßten Verbands- und Vereinsbericht, der von einer erfreulichen Aktivität auf züchterischem Gebiet zeugte. Ueber den Stand der Vereinsfinanzen informierte Kassier Steinmaier, dem anschließend Entlastung erteilt wurde.

Als erster Redner sprach Dr. Biegert über „Die wesentlichen Erblinien in unserem Zuchtgebiet“. Bei der Aufzählung der wichtigsten Farrenlinien brachte Dr. Biegert gleichzeitig zum Ausdruck, daß mehr als bisher auf die Vater- und Mutterlinie geachtet werden müsse. Schließlich sei das Endziel der Züchtung die milchreiche Kuh und deshalb sollte bei der Auswahl der Farren darauf geachtet werden, daß das Vater Tier die Fähigkeit besitze, eine entsprechende Erbanlage weiterzugeben. Am besten könne dies bei den Familienschauen festgestellt werden, die man zukünftig alle 2 Jahre abhalten werde.

In ein besonders wichtiges Gebiet der Zuchtarbeit führte Veterinär Dr. Wolf mit seinem Vortrag über die Tuberkulosebeseitigung im Rindviehbestand. Welche wirtschaftlichen Auswirkungen die Tuberkulose besitzt, belegte der Vortragende mit verschiedenen Zahlen: Die durch Tuberkulose (Tbc.) verursachten Schäden (Rückgang in der Fleisch-, Milch- und sonstigen Leistung) wurden schon vor dem Krieg auf rund 360 Millionen Mark veranschlagt. 25 Proz. der geschlachteten Rinder werden wegen Tuberkulosebefalls beanstandet. Darüber hinaus kommt ihr weitere Bedeutung als Ansteckungsquelle für den Menschen zu. Es sollte deshalb in jeder Milchsammelstelle eine Erhitzungsanlage vorhanden sein. Das Ziel jedoch sei, tuberkulosefreie Viehbestände zu erhalten und diesem Zweck soll auch das freiwillige Tuberkulose-Bekämpfungsverfahren dienen, das auf Wunsch des Vereins nun

auch bei den Tieren der hiesigen Fleckviehzüchter durchgeführt wird. Dr. Wolf gab hierzu detaillierte Angaben über den Gang des Verfahrens, das mit einer Untersuchung und Tuberkulininjektion beginnt und je nach Ergebnis den Befall im Viehstall erkennen läßt. Es werden dann die vier Gruppen: tuberkulosefrei, schwach, mittelgradig und stark verseucht gebildet, wobei die kranken Tiere erst einmal abgesondert und allmählich durch gesunde ersetzt werden sollen. Dazu können Ausmerzungsbefehl von 100 DM gegeben werden. Die Gesamtkosten des Verfahrens übernimmt der Staat; es ist weiter vorgesehen, den Betrieben mit anerkannt tuberkulosefreien Beständen je Liter Milch 2 Pfennig mehr auszubezahlen.

Als landwirtschaftlicher Praktiker sprach Landwirtschaftsrat Pfetsch über „Neuzeuflische Futtermittelherstellung und -verwertung“. Ausgehend von der Tatsache, daß es dem kleinblüchlichen Betriebe vor allem an Saftfutter mangelt, legte er seinen Zuhörern nahe, dem verstärkten Anbau von Rüben ihr besonderes Augenmerk zu schenken. Je Kuh und Tag würden zur Erzielung einer höchstmöglichen Leistung 25–30 kg Rüben und die gleiche Menge Silofutter benötigt. Das ergebe also bei durchschnittlich 200 Futtertagen einen Jahresbedarf von 50 dz Rüben je Tier, für den man die Anbaufläche von 6–7 a rechnen müsse. Als besonders geeignet für unsere Böden empfahl Landwirtschaftsrat Pfetsch die Rübensorten „Eggendorfer gelb“, „Friedrichswerther gelb“ und die „Echte Schwieberdinger Kuhrübe“ und setzte sich gleichzeitig für die Verwendung von gezeitem „Monogerm“-Saatgut ein. Der Vortragende gab noch verschiedene praktische Winke für die Rübenkultur und -ernte und schloß mit der Aufforderung, zur Verbreiterung der Futtergrundlage in verstärktem Maße Futterrüben zu verwenden.

In der folgenden Aussprache kamen die Züchter mit ihren Wünschen und Anliegen zu Wort. So wurden Bedenken hinsichtlich der praktischen Durchführbarkeit der geforderten Absonderung tbc.-befallender Kühe geltend gemacht. Hier wies Dr. Biegert beschwichtigend darauf hin, daß man bei der Durchführung der tbc.-Bekämpfung den Gegebenheiten des Einzelbetriebs Rechnung tragen werde und im übrigen kein Anlaß vorhanden sei, der Aktion mit Besorgnis entgegen zu sehen.

genkommens befeißeln, würde es wahrhaftig um unsere heutige Existenzgrundlage viel besser bestellt sein. Wir hätten es jedenfalls nicht nötig, ausgerechnet zum Zeitpunkt größter finanzieller Verlegenheit Energieerschließungen aufzugreifen, die bei vernünftigem Verhalten längstens hätten fruchtbar gemacht werden können. Wir wären damit in den Besitz von Vermögenswerten gekommen, die unserer Wirtschaft die wertvollsten Voraussetzungen für eine gesunde Entwicklung zu bieten vermocht hätten.

Seit einem halben Jahrhundert streitet man sich beispielsweise um die Ausnützung der Eych, ob die Wasserversorgung oder die Energieversorgung den Vorzug haben soll. Seitdem hat weder die Wasserversorgung noch die Energieversorgung den sich in der Eych bietenden Vermögenswert zur nutzbaren Anwendung gebracht und auf der Energieerzeugungseite diese Unterlassung in 50 Jahren mit einem Kohlenverbrauch von 300 000 t bezahlt.

Mit Recht fordert der Naturschutz die Erhaltung landschaftlicher Schönheiten. Es ist uns aber mit dem Hinweis, die dringend notwendige Energieerschließung nach anderen Gebieten zu verlagern, nicht gehalten, denn wir haben bei dem in Württemberg vorhandenen Wasserkraftvorkommen praktisch nur noch die Ausweichmöglichkeit zur Kohle hin und damit eben die Umstände und Verhältnisse in Kauf zu nehmen, die uns heute nicht wenig Sorge bereiten. Wir leben in einem technischen Zeitalter und damit unter Bedingungen, die es uns nicht mehr gestatten, die reale Bedeutung unserer materiellen Bedürfnisse zu unterschätzen.

Selbstredend hat alles seine Licht- und Schattenseiten und so würde auch bei dem zunächst vorgesehenen Ausbau des Windhofkraftwerkes die teilweise Trockenlegung der Enz auf der anderen Seite durch den im Kegelbachtal anzulegenden Stausee landschaft-

Im Spiegel von Calw

Heute keine Filmvorstellung

Da heute in der Turnhalle am Brühl mit dem Ausbau der Projektionsanlage und deren Montage im neuen Gebäude des Volkstheaters begonnen wird, fällt die übliche Vorstellung aus.

Generalversammlung der Kleintierzüchter

Der Geflügel- und Kaninchenzüchterverein hält am kommenden Sonntag um 14.30 Uhr im „Saalbau Weiß“ seine diesjährige Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Vorbereitung der für 1. und 2. Dezember in Calw vorgesehenen Kreisschau der Kleintierzüchter.

Erste Schneeglöckchen

Nachdem die Palm- und Weidenkätzchen bereits den Anfang gemacht haben, zeigen sich nun in den Gärten die ersten Schneeglöckchen. Sie haben es, genau wie ihre größeren Vettern, dieses Jahr besonders eilig, das nahende Winterende anzukünden — selbst auf die Gefahr hin, daß ein noch mäßiger Kälteeinbruch die durch sie gemachten Hoffnungen Lügen straft.

Radiogebührenbefreiung aus sozialen Gründen

Von der Zahlung der Rundfunkgebühr können befreit werden: Schwerbeschädigte mit einer Erwerbsminderung von mehr als 70% bei einem Einkommen unter 170 DM (Verh. 200 DM), von 50–70%, bei einem Einkommen unter 116 DM (Verh. 140 DM), desgleichen Kriegerwitwen mit mindestens 1 waisenrentenberechtigten Kind bei dem gleichen letztgenannten Einkommen und Personen, die von der öffentlichen Fürsorge laufend unterstützt werden oder Arbeitslosenunterstützung bzw. Unterhaltshilfe nach dem Sofortgesetz beziehen. Anträge sind sofort beim Bürgermeisteramt zu stellen.

Abschaffung der Paketkarten?

Das Bundespostministerium beschäftigt sich mit dem Plan, die Paketkarten abzuschaffen. Der Versand von über 100 Millionen Paketkarten im Jahre 1950 stellte für die Briefpost eine außerordentlich starke Belastung dar. Man erwägt daher eine Aenderung des Auflieferungsverfahrens mit Hilfe von Zählkarten. Mit einer Einführung des neuen Verfahrens kann jedoch nicht vor Mitte des Jahres gerechnet werden.

Die Gemeinde Sulz berichtet

Sulz. Das Standesamt verzeichnete im Jahr 1950 12 Geburten, 14 Eheschließungen und 13 Sterbefälle. Insgesamt 11 Personen haben das 80. und 30 Personen das 70. Lebensjahr vollendet. — Dank der günstigen Witterung können auf dem neuerstellten Sportplatz im Gemeindefeld Lindach die letzten Arbeiten durchgeführt werden. Die Platzeinweihung findet voraussichtlich im schönen Monat Mai statt. — Die Planungsarbeiten für die Durchführung der Kanalisation sind nun soweit vorangeschritten, daß mit den Grabarbeiten demnächst begonnen werden kann, sofern die günstige Witterung anhält. — Der von Bauunternehmer Mast, Hirsau, gepachtete gemeindeeigene Steinbruch an der Kuppinger Straße ist über die Wintermonate modern ausgebaut und in Betrieb genommen worden. Ein guter Absatz des bekannten erstklassigen Stenmaterials wird vielen Arbeit und Verdienst bringen.

CALWER ZEITUNG

Verlag Paul Adolph Calw, in der Schwäbischen
Verlags-Gesellschaft m. b. H.
Chefredakteur:
Willi Hahn Hebecker und Dr. Ernst Müller
Redaktion und Geschäftsstelle Calw: Lederstraße
Telefon 735
Druck: A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw

lich einen recht beachtlichen Ausgleich finden. Bei den hierbei anzustellenden Erwägungen steht im Vordergrund, daß wir letztlich nicht von der schönen Gegend, sondern vom Verdienen leben und, ob wir wollen oder nicht, uns die hierzu unerlässlich notwendigen Voraussetzungen schaffen müssen. Bei den Energiebedarfsverhältnissen der Gegenwart, insbesondere aber bei der für die Zukunft zu erwartenden Steigerung derselben, läßt es sich heute einfach nicht mehr verantworten, das in der „weißen Kohle“ noch vorhandene Energievorkommen etwa aus Gründen der Beinträchtigung des Landschaftsbildes zweitrangig zu behandeln. Energie ist neben der Wasserversorgung das Leben und folgerichtig auch nach dieser Bedeutung zu behandeln.

Aus der „weißen Kohle“ das Höchstmaß der Ausnützung herauszuholen, erfordert notwendigerweise deren überregionale Bewirtschaftung und damit zugleich die Schaffung eines Wasserrechtsgesetzes, das diesen Belangen gerecht zu werden vermag. Jedenfalls ist es den Interessen unserer Volkswirtschaft keineswegs dienlich, den aus den Zufälligkeiten der Entwicklung gewordenen bestehenden Nutzungsverhältnissen das Recht der Unabdingbarkeit zuzuerkennen. Das Notvolle unserer Zeit zeigt uns in einer kaum mehr zu überbietenden Deutlichkeit, daß es nicht mehr zu vertreten ist, die Durchführung großzügiger Planungen etwa an dem Widerstand privater Interessen scheitern zu lassen. Die Wassernutzung jeglicher Art hat in erster Linie dem öffentlichen Interesse zu dienen und von dieser Warte aus betrachtet der Gesetzgeber die hochbedeutsame Aufgabe, für eine baldige und grundlegende Neuordnung des Wassernutzungsrechtes Sorge zu tragen.

Doch beinahe noch schwieriger als die Bereinigung der vorgenannten Interessengegen-

(Fortsetzung nächste Seite)

Die Wildsau hat ein „Gebrech“

Wissenswertes aus der Jägersprache

Gelegentlich von Jagdberichten, besonders neuerlich anlässlich von Wildschweinsabschlüssen, kann man immer wieder feststellen, daß die große Mehrzahl die Besonderheiten der Jägersprache nicht kennt.

Beim Schwarzwild redet man nicht von Rudel, sondern von einer „Rotte“. Eine Wildsau habe auch keinen Rüssel, sondern ein „Gebrech“ (von „aufbrechen“).

Dagegen redet man nun beim Rotwild von einem „Rudel“ und meint damit mehrere Tiere. Der Hirsch und das Reh haben aber keine Augen, sondern „Lichter“, keine Ohren, sondern „Lauscher“ oder „Gebör“, kein Fell, sondern eine „Decke“.

Der Fuchs hat keine Augen, sondern „Seher“, keine Ohren, sondern auch, wie beim Rotwild, spricht man von „Lauschern“ oder vom „Gebör“.

Der Hase geht nicht und springt nicht, sondern er „hoppelt“. Die Ohren werden „Löffel“ genannt und sein Schwanzlein ist die „Blume“.

Die neuen Pforzheimer Stadträte

Pforzheim. Nach den vorläufigen Ergebnissen der Stimmenausscheidung ziehen folgende neue Stadträte in den Pforzheimer Gemeinderat ein: Von der SPD: Kaufmann Otto Lauer, Gewerkschaftssekretär Hermann Rapp, Angestellter Werner Boll, Verwaltungsdirektor Friedrich Strohecker, Schreinermeister Richard Würtz, Goldschmied Julius Schöller, Architekt Kurt Erlenmaier.

Damit haben die Stadtratsfraktionen wahrscheinlich folgende Anzahl von Sitzen: SPD 13, DVP 9, CDU 7, Deutsche Gemeinschaft 4, Wählervereinigung Weststadt 2, KPD 1.

(Fortsetzung von Seite 7)

sitze ist derzeit die für die Durchführung eines größeren Bauvorhabens zu lösende Kapitalbeschaffungsfrage.

Es rächt sich nun, daß man nach dem Prinzip des geringsten Widerstandes die Energieversorgungsunternehmen gezwungen hat, den Stromverkauf unter den Gestehungskosten vorzunehmen und damit zwangsläufig die vorhandene Substanz aufzuzehren.

Bei 3 Spielen fehlte der Verbandsschiedsrichter

Bezirkssklasse

Neuenbürg I — Altburg 6:0 (2:0)
Neuenbürg II — Altburg II 3:1

In einem überaus schönen und sehr fairen Kampf mußte sich die tapfere Altburger Elf dem besseren Können der Gastgeber beugen. Die Einheimischen spielten gleich von Beginn an ihre Überlegenheit aus und tauchten immer wieder mit schnellen zügigen Angriffen vor dem Gästegebäude auf.

Feldrennach I — Unterreichenbach I 2:0 (1:0)
Feldrennach II — Unterreichenbach II 1:1

Diese Begegnung hatte keine Höhepunkte aufzuweisen, da die Einheimischen lange nicht mehr an die Leistungen vergangener Jahre herankommen. Die Gäste konnten ihre Mannschaft durch einige bessere Kräfte verstärken und gestalteten dadurch das Spiel in der ersten Hälfte ziemlich ausgeglichen.

Die Ergebnisse der weiteren Spiele in der Bezirkssklasse lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor. Wir tragen sie in der Mittwoch-Ausgabe nach.

A-Klasse

Beihingen — Liebenzell
Oberschwandorf — Emmingen

Beide Spiele sind wegen Nichterscheinen des

Eine einzige Schwalbe fängt täglich 500 Fliegen

Über den Nutzen unserer heimischen Singvögel — Schafft Nistgelegenheiten!

Gewisse Leute sollen sich geärgert haben über unseren Artikel „Schließwütige Helden“ (Ausgabe vom 18. Januar), in dem wir uns gegen den grassierenden Unfug verwahrten, daß einige jugendliche Luftgewehrschützen den Vogelbestand laufend dezimieren.

Hier wäre vor allem der Borkenkäfer zu nennen. Durch die Größe und Ausdehnung unserer Fichtenkulturen wird dem Käfer die Möglichkeit gegeben, sich auf kleinem Standort bei nur kurzer Flugstrecke anzusiedeln. Die Geschlechter finden sich ohne Schwierigkeiten. Die gleiche Vermehrungsfreudigkeit durch verbesserte Lebensbedingungen zeigen andere Schadinsekten: Rapsglanzkäfer, Frostspanner, Kartoffelkäfer und viele andere.

Auf der anderen Seite haben sich die Lebensbedingungen unserer wichtigsten Insektenvertilger, der Singvögel, wesentlich verschlechtert. Durch die neuzeitliche Bauweise unserer Häuser und Ställe wurden den beiden Schwalbenarten, der Rauch- und der Mehlschwalbe, den Bachtstelzen, den Fliegenschnäppern und Hausrotschwänzen das Nisten erschwert; die alten schadhafte Bäume in den Wäldern und Obstgärten müssen jungen ertragreichen weichen. Mit den alten

Schaden klug wird und im Hinblick auf die Bedürfnisse der Elektrizitätsversorgung weniger geneigt ist, von den nüchternen, aus Ursache und Wirkung folgernden Erwägungen abzugehen. Keinem Industriebetrieb wurde bisher zugemutet unter Gestehungskosten zu verkaufen und damit Selbstmord zu begehen.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß ohne eine ausreichende Sicherstellung einer allen Anforderungen gerecht werdenden Energieversorgung die gedeihliche Entwicklung unserer Gütererzeugung sich nicht gewährleisten läßt. Um so dringender wäre zu wünschen, daß dem gegenwärtigen Bestreben, diese Sicherheit zu verbessern, der Erfolg nicht versagt bleiben und in gegenseitigem Verständnis, freiwillig ohne politischen oder gesetzlichen Zwang, schon in Bälde eine glückliche, das Ganze befriedigende Lösung gefunden werden möchte.

Verbandsschiedsrichters ausgefallen. Hier fehlt es offensichtlich an der notwendigen Sorgfalt oder an der notwendigen Organisation. Man bedenke, welche Auslagen ein Verein hat, bis er an Ort und Stelle ist!

Neubulach I — Egenhausen I 1:2 (1:1). In der zweiten Halbzeit abgebrochen

Die Platzherren zeigten bis zum Spielabbruch eine recht gute Gesamtleistung, die unter Umständen zu einem Sieg gereicht hätte. Das Unentschieden der ersten Spielhälfte errangen die körperlich recht starken und mit großem Einsatz spielenden Gäste nur durch ein unglückliches Eigentor der Neubulacher.

Gechtingen I — Stammheim I 1:2 (0:1)
Gechtingen II — Stammheim II ebenfalls 1:2

Die Gäste begannen mit dem starken Wind im Rücken und nutzten diesen Vorteil auch entsprechend aus; mit einer knappen 1:0-Führung der Stammheimer wurden die Seiten gewechselt. In der zweiten Halbzeit hatten die Platzherren eine ganze Zeit lang mehr vom Spiel und drängten mächtig, ohne aber die Stammheimer Hintermannschaft überspielen zu können.

Effringen I — Althengstett I 4:0 (3:0)

Effringen II — Althengstett II 2:3

Die Effringer hatten neben dem bereits in der Vorschau besprochenen Platzvorteil eine

Eine einzige Schwalbe fängt täglich 500 Fliegen

Bäumen sind auch die Niststätten für Meise, Kleiber, Baumläufer, Gartenrotschwanz, Specht und Star verschwunden. Gerade die genannten Vogelarten aber sind die allerwichtigsten für die Schädlingsbekämpfung.

Dafür einige Beispiele: Eine einzige Schwalbe braucht im Tag rund 500 Stubenfliegen; von kleinen Mücken natürlich viel mehr. Eine Schwalbenfamilie verzehrt dann während eines einzigen Sommers mindestens 300 000 fliegende Insekten (2 Bruten mit je 5 Jungen). Wie die Schwalben begleiten Rotschwänze, Fliegenschnäpper, Star und Bachtstelzen das Vieh auf die Weide. Sie fangen dort die lästigen Bremsen und Stechfliegen weg.

In reinen Ackerbau-, Grünland- und Gemüsegärten ist der Star sehr wertvoll als wirksamer Vertilger von Engerling, Ackererschnecke, Drahtwurm, Wiesenschnecke und Kohlweißling. Es gilt also, einerseits durch Schaffung von Nistgelegenheiten für die Vermehrung unserer gefiederten Helfer im Kampf gegen die Schädlinge zu sorgen und sie andererseits vor der Vernichtung zu schützen.

Winter-Schluß-Verkauf bis einschl. 10. Febr.

Nutzen Sie die besonders starken Preisermäßigungen

- Kleiderschürzen aus sehr kräftigen Baumwollstoffen DM 10.-, 11.-, 12.-
Trägerschürzen in besonders großer Ausführung 5,60, 6,60
karierte Winterkleiderstoffe 80 cm breit 3,90, 4,50, 5,90, 6,20

Paul Räuchle, Calw, Marktplatz 18

kleinsteh. Jg. Ingenieur sucht in Calw 1 oder 2 gut möblierte Zimmer
Angeb. u. C 978 an Calwer Zeitung

Zugelaufen
Ist mir ein Deutscher Schäferhund, Abzuhölen bei Georg Kleinbeck, Göttingen Kreis Calw.

ausgezeichnete Spiellaune. Sie spielten im Gegensatz zu den eifrig kämpfenden Gästen einen technisch zweckmäßigen Flachpaß und waren dadurch wesentlich rascher am Ball. Bei den Gästen fehlte es am sonst so hervor-stechenden Schwung; ihr Spiel war besonders in den ersten 45 Minuten viel zu hoch, was sie viel früher hätten merken sollen.

Haiberbach I — Schönbürg I 3:3 (1:2)

Die Gäste aus Schönbürg hatten einen guten Tag und brachten einen wertvollen Punkt mit nach Hause, den sie sich ehrlich und verdient erkämpft hatten. Nachdem kein Verbandsschiedsrichter erschienen war einigten sich beide Mannschaften und ließen einen anderen Schiedsrichter pfeifen, der zur vollen Zufriedenheit dieses faire und sportlich schöne Pflichtspiel leitete.

B-Klasse

Breitenberg — Ostelsheim 5:0 (3:0)

Die Gäste hatten in Breitenberg recht wenig zu bestellen. Breitenberg gab bis zum Schlußpfiff den Ton an und konnte trotz aller Anstrengungen der Ostelsheimer überlegen gewinnen. Der Torhüter der Gäste verdient ein Sonderlob, er verhinderte eine wesentlich höhere Niederlage seiner Mannschaft.

Neuweiler-Oberkolhoengen — Teinach-Zavelstein 2:0 (1:0)

Die Platzherren konnten durch diesen Sieg ihren ersten Tabellenplatz weiter festigen. Beide Tore erzielten die Neuweiler Stürmer durch placiert geschossene Strafstoße. Die gute Hintermannschaft der Gastgeber verhinderte jeden Erfolg der Teinach-Zavelsteiner, die verbissen kämpften. Der Schiedsrichter leitete das faire Spiel korrekt und sicher.

Oberreichenbach — Bieselsberg 1:2

Die Gäste errangen auf dem schönen Oberreichenbacher Waldsportplatz einen knappen, aber sicheren Sieg.

Altburg Jugend — Stammheim Jugend 10:1

Nach einem bedauerlichen Unfall eines Stammheimer Jugendspielers (der bei einem Zusammenprall das Bein und den Knöchel brach) hatten die Gäste keinen Mumm mehr und verloren hoch gegen die körperlich stärkeren Altbürger Jugendspieler.

Höfen. Zu Anfang dieser Woche durfte Altbürgermeister Wilhelm Großmann sein 87. Wiegenfest begehen. Er ist körperlich und geistig noch erstaunlich rüstig und nimmt am Tagesgeschehen lebhaften Anteil.

Wildbad. Der Männergesangsverein „Liederkrantz“ hat beschlossen, einen Knabenchor zu bilden. Bürgermeister Kießling und der 1. Vorstand des „Liederkrantz“ haben einen Aufruf an die Eltern von Wildbad erlassen, Knaben vom 10. Lebensjahr an dem geplanten Chor zur Verfügung zu stellen.

Gräfenhausen. Wie auf der Generalversammlung des Männergesangsvereins Gräfenhausen mitgeteilt wurde, zählt der Verein jetzt 120 Mitglieder.

Sind's die Haare?

Denk an Odermatt

DEN MARKENSCHUH
von Elze Fauss

36jähr. Mann sucht zur Führung seines Haushalts
Frau oder Fräulein
möglichst alleinstehend. Spät. Heirat nicht ausgeschlossen. Angeb. unter C. 976 an Calwer Zeitung.

Kriegerwitwe
mit 3 Kindern möchte Herrn in den 50er Jahren mögl. mit eig. Wohnung zwecks Heirat kennen lernen. Aussteuer vorhanden. Angeb. unter C. 977 an Calwer Zeitung.

Perfekte
Stenotypistin
zum 1. 4. 51, möglichst früher, gesucht. Bewerbungen mit Zeugnis Lebenslauf und Gehaltsansprüchen an Firma

Wurzacher Handweberei
Stöckle & Co.
Weil der Stadt (Württ.)

Ohne WERBUNG
kein FORTSCHRITT!